Treue Arbeit, strenge Pflicht. — Werden neu mit jeder Schicht!

Rottenführer-Zeitung

Offizielles und fachwissenschaftl. Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahn- für die Vertretung der Standesinteressen Rotten- und Hilfsrottenführer E. V.

Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.

Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 22 — Dahlhausen-R., 15. November 1918 — 7. Jahrgang

Inhalt: Aufruf. — Danksagung. — Die kommende Besoldungsreform. — Aus der Beamtenbewegung. — Natural-Besoldung. — Lebenshaltung und Gehaltsreform. — Kopf hoch. — Inmitten der Weltrevolution. — Vereinsnachrichten. — Versammlungskalender. — Inserate.

Aufruf!

An die Mitglieder!

Der Inhalt vorliegender Nummer entspricht zum großen Teil nicht den jetzigen Zeitverhältnissen. Da der Satz aber fertiggestellt war, mußte eine volle Aenderung unterbleiben.

Kollegen! Die Ereignisse haben sich, wie Ihr wißt, überstürzt und können auch noch weiter unabsehbare Folgen bringen. Der Verbandsvorstand gibt den dringenden Rat: **Jeder tue seinen Dienst nach Recht und Pflicht. Behalte ein jeder kaltes Blut den Ereignissen gegenüber, aber ein warmes Herz für das Vaterland und seine Mitbürger.** Alles andere überlaßt dem Vorstande. Dieser kann und wird, da er stets Fühlung mit den Groß-Organisationen hat, zur rechten Zeit bekannt geben, was zu tun bleibt, um den Stand vor Ueberfahren durch den rollenden Wagen zu schützen.

Eins kann heute schon gesagt werden: Nach allem Vorhergegangenen muß stark bezweifelt werden, daß die jetzige Regierung beamtenfreundlich ist. Darum müssen die Reihen der Beamten fest geschlossen werden, damit ein großes Ganzes recht bald an die Oeffentlichkeit tritt, um die Rechte zu schützen.

Nur eine Großorganisation, die sich staatspolitisch betätigt, kann sich Geltung verschaffen.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbandsvorstand:

Schneider. Rüdgers. Berg. Heidmann.

Danksagung.

Für das uns vom Verbande Deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer überwiesene Sterbegeld im Betrage von 300 Mark infolge Todesfalles unseres lieben Vaters, sowie für die schöne Kranzspende des Rottenführer-Vereins Saarbrücken und Umgegend sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Joh. Schmitt, Königl. Zugführer.

Die kommende Besoldungsreform.*)

Von F. Kreutz.

Der konservative Abgeordnete von Heydebrand brachte im preußischen Abgeordnetenhause bekanntlich den Antrag ein, mit den Vorarbeiten für eine allgemeine Neuordnung des Besoldungsgesetzes schon jetzt zu beginnen. Wenn dieser Antrag auch aus Rücksichten auf künftige Wahlen entstanden sein mag, wie in Zeitungen anderer Parteirichtungen angedeutet wurde, so darf man von dem Einfluß des Herrn von Heydebrand, dem „ungekrönten König von Preußen", doch erwarten, daß mit der Inangriffnahme der Besoldungsreform in nächster Zeit Ernst gemacht werden soll, zumal auch die übrigen Parteien in derselben Richtung zu drängen beginnen und der Wille der Parlamente in Preußen-Deutschland nach den jüngsten politischen Umwälzungen ausschlaggebend sein wird. Die Frage verlangt übrigens schon im Hinblick auf die ihretwegen im Steigen begriffene Unruhe innerhalb der Beamtenschaft gebieterisch nach baldiger Lösung, denn schon lange vor Kriegsbeginn waren lebhafte, auf die Abänderung der bestehenden Besoldungsordnung gerichtete Bestrebungen im Fluß. Die Berechtigung dieser Bestrebungen, die vornehmlich von der Unterbeamtenschaft ausgingen, war auch damals schon nicht zu verkennen, da die Einkommensverhältnisse längst nicht mehr den an die Lebenshaltung gestellten Ansprüchen genügten.

Die größten Schwierigkeiten der kommenden Reform scheint man in der Verminderung der Gehaltsklassen wegen der damit verbundenen Zusammengruppierung der verschiedenen Kategorien zu befürchten. Das gilt insbesondere hinsichtlich der zahl-

*) Zum Teil sind die einleitenden Ausführungen des Kollegen Kreutz durch die Ereignisse überholt. Wir bringen den Artikel trotzdem seines sachlichen Inhalts wegen zum Abdruck. Eine rege Aussprache dürfte sich daran anschließen.

reichen Eisenbahnbeamtenklassen. Abgesehen von einigen, dem Weitblick jedoch kaum nennenswert erscheinenden Komplikationen liegen die Dinge nun aber keineswegs so überaus schwierig, wie es nach dem Widerspruch scheinen könnte, den ein auf Verminderung der Gehaltsklassen gerichteter Vorschlag in der „Gemeinschaft" fand. Leider scheint es ja, als wolle die alte Beamtenkleingeisterei bei der Behandlung dieser Frage wieder ihre Orgien feiern. Das darf unter keinen Umständen zugegeben werden.

Als ein nicht zum Ziele führendes Verfahren muß man es zunächst bezeichnen, wenn Vertreter einzelner Beamtengruppen unter sich über die Eingruppierung ihrer Klassen Vereinbarungen treffen wollen. Was dabei herauskommt, sieht man an diesbezüglichen Verhandlungen des Bundes der technischen Eisenbahnbeamten. In den vertraulichen Verhandlungen eines hierfür eingesetzten Ausschusses hatte man beispielsweise vorgeschlagen, die Klassen der Lokomotivführer, Wagenmeister, Werkführer usw. zu einer Gehaltsklasse zu vereinigen. Seitens der Lokomotivführer wurde dieser Vorschlag als unannehmbar bezeichnet, weil sie sich durch seine Annahme in ihrem Weiterstreben beeinträchtigt glaubten. Auch die Wagenaufseher, denen diese Zusammenlegung zweifellos vom Vorteil gewesen wäre, sträubten sich dagegen. Diese Vorgänge sollen hier keineswegs kritisiert werden; wer lange Jahre in der Beamtenbewegung gearbeitet hat, versteht die Beweggründe. Aber man kann sich denken, was bei Verhandlungen all der Eisenbahnbeamtenklassen über Gehaltsklassenvermin erung herauskommen wird, wenn schon die technischen Beamten unter sich so schwer zu einer Verständigung kommen können. Es seien deshalb einige Ausführungen gestattet, die vielleicht die kritische Frage ihrer Lösung etwas näher bringen.

Die Beamten müssen damit rechnen, daß sie überhaupt nicht gefragt werden, wie sie künftig zusammengruppiert werden, wenn sie nicht selbst brauchbare Vorschläge machen. Das Gebot der Stunde lautet daher für sie: Nicht vor einer offenen Aussprache zurückschrecken, weil man erwartet, durch heimliche Klüngelei eine Extrawurst für seine Klasse gebraten zu erhalten, sondern ehrlich in aller Oeffentlichkeit eine Frage ventilieren, deren Lösung eben so sehr im allgemeinen Staats- wie im Beamteninteresse selbst liegt. Der Lehrmeister Krieg sollte endlich auch der Beamtenschaft die Augen darüber geöffnet haben, daß mit dem noch in einzelnen Kreisen vorhandenen Klassenegoismus nicht vom Fleck zu kommen ist. Die im Reichskartell vereinigten Verbände der unteren Beamten werden jedenfalls die Erörterung ihrer Ziele in breitester Oeffentlichkeit um so weniger zu scheuen brauchen, als sie ihre schon vor dem Kriege begonnene Besoldungspolitik auch heute ohne Bedenken fortsetzen können. Sie stellten schon damals die Forderung auf, für die Unterbeamten, einschließlich der gehobenen, nur drei Gehaltsklassen zu bilden, und zwar

die 1. Klasse mit 1400—2000 Mark Gehalt,
die 2. Klasse mit 1500—2400 Mark Gehalt und
die 3. Klasse mit 1600—2700 Mark Gehalt.

Die 1. und 2. Klasse sollen ¾ des Wohnungsgeldzuschusses der mittleren Beamten, die 3. Klasse denselben wie die mittleren Beamten erhalten. Darüber, daß soziale Klassen- und Rangunterschiede auch in Zukunft bleiben müssen, ist man sich wohl allenthalben klar. Ebenso klar ist aber auch, daß die kommende Besoldungsreform einen entschieden erkennbareren sozialen Einschlag zugunsten der unteren Beamten haben muß als bisher. Im neuen Deutschland wird es nicht erträglich sein, zwischen den Gehaltssätzen der mittleren und unteren Beamten derartige Differenzierungen beizubehalten, wie es vor der hereingebrochenen Weltprüfung der Fall war, auch nicht solche Differenzen zwischen den Anfangs- und Endgehältern, wie sie die vorstehenden Forderungen des Reichskartells noch zulassen. Bei der voraussichtlichen Entwicklung des Geldwertes ist es aber auch gar nicht möglich, eine derartige Differenzierung beizubehalten. Die neue demokratischere Staatsform könnte das gar nicht durchsetzen, ohne sich selbst unmöglich zu machen. Es ist auch gar nicht erforderlich und berechtigt, das Autoritätsprinzip auf derartige Differenzierungen begründen zu wollen. Die Vertrauenswürdigkeit der unteren Volksschichten hat das in der harten Probe des Weltkrieges vollauf bewiesen.

Um allen gerecht zu werden, genügt es vollständig, wenn für alle mittleren und unteren Beamtenklassen drei Beamtenklassen mit je einer Beförderungsklasse geschaffen werden nach folgendem Schema:

1. a) Schaffnerklasse mit
   b) Oberschaffnern,
2. a) Assistentenklasse mit
   b) Oberassistenten,
3. a) Vorsteherklasse mit
   b) Obervorstehern.

In diese drei Klassen lassen sich nicht nur alle Eisenbahnerklassen, sondern auch alle Beamtenklassen der übrigen Verwaltungen hineinfügen.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Einkommensdifferenzen zwischen den mittleren und unteren Beamten zu groß sind. Sie stellen sich bei den Eisenbahnern nach den Gehaltsätzen der

Obervorsteher, Werkstättenvorsteher, Bahnmeister usw.
mit 2100 Mk. Anfangs- und 4500 Mk. Endgehalt;
Vorsteher, Werkmeister, Bahnmeister 1. Klasse usw.
mit 2000 Mk. Anfangs- und 4000 Mk. Endgehalt;
Assistenten, Bahnmeister
mit 1650 Mk. Anfangs- und 3300 Mk. Endgehalt;
Rangiermeister, Wagenmeister, Unterassistenten usw.
mit 1400 Mk. Anfangs- und 2100 Mk. Endgehalt;
Rangierführer, Wagenaufseher, Weichensteller usw.
mit 1200 Mk. Anfangs- und 1700 Mk. Endgehalt;

im Höchstgehalte
zwischen Obervorsteher und Vorsteher auf 500 Mk.,
zwischen Vorsteher und Assistenten auf 700 Mark,
zwischen Assistenten und Rangiermeister, Unterassistenten usw. auf 1200 Mk.
zwischen Rangiermeister, Unterassistenten usw. und Rangierführer, Weichensteller usw. auf 400 Mk.

Die Differenzen in den Anfangsgehältern kommen nicht in Frage, da bei den Beförderungen vom Vorsteher zum Obervorsteher schon höhere Gehaltsstufen erreicht sind.

Während die Differenz zwischen den Endgehaltssätzen der Obervorsteher und Vorsteher nur 500 Mark und zwischen denen der Vorsteher und Assistenten nur 700 Mark beträgt, sehen wir, daß der Abstand zwischen diesen mittleren Beamten und den nächstfolgenden Klassen der gehobenen Unterbeamten (Rangiermeister, Unterassistenten usw.) 1200 Mk. beträgt. Der Unterschied zwischen dem Höchsteinkommen der letzteren und dem nachgeordneten Unterbeamten ist mit 400 Mark wieder mehr der übrigen Differenzierung angepaßt. Es gähnt da zwischen dem Einkommen der mittleren und unteren Beamten eine auffallende Kluft, deren Ueberbrückung von den unteren mit vollem Rechte gefordert wird. Noch auffallender ist die Kluft bei den technischen Beamten, bei denen es eine Assistentenstellung als Beförderungsstellung für die gehobenen Unterbeamten nicht gibt und die Differenz zwischen diesen und der nächsthöheren Klasse (Werkmeister) daher 1900 Mk. beträgt.

Mit der Akzeptierung des oben gemachten Vorschlages müßten gleichzeitig die Gehaltsdifferenzen zwischen den einzelnen Klassen gleichmäßiger ausgebildet werden. Einmal wird man infolge der Entwertung des Geldes unmöglich die prozentuale Steigerung nach früherem Schema beibehalten können, und dann drängt auch die Gesamtentwicklung der Dinge nach einer gründlichen, von sozialen Gesichtspunkten geleiteten Reform. Wenn man den gegenwärtigen Geldwert als Maßstab anlegt, müßten die Gehälter der vorgeschlagenen Klassen etwa wie folgt bemessen werden:

Klasse 1 a 4200 Mk. Anfangs- und 4800 Mk. Endgehalt,
Klasse 1 b 4400 Mk. Anfangs- und 5000 Mk. Endgehalt,
Klasse 2 a 4600 Mk. Anfangs- und 5200 Mk. Endgehalt,
Klasse 2 b 4800 Mk. Anfangs- und 5400 Mk. Endgehalt,
Klasse 3 a 5000 Mk. Anfangs- und 5600 Mk. Endgehalt,
Klasse 3 b 5200 Mk. Anfangs- und 5800 Mk. Endgehalt.

Die Autoritäts- bezw. Rangdifferenz ist mit einem Unterschiede von 1000 Mk. zwischen den Höchstgehältern in den Klassen 1 a und 3 b mehr als genügend berücksichtigt, zumal auch im Wohnungsgeldzuschuß oder in der Ortszulage, die wir an dessen Stelle gesetzt sehen möchten, eine gewisse Differenzierung eintreten kann. Anderseits kann bei dieser Höhe der Gehälter und dem geringen Abstande zwischen den einzelnen Klassen die Zusammenlegung auch für diejenigen Klassen nicht als Härte empfunden werden, die von den nachgeordneten Klassen eingeholt werden. Das Mehreinkommen der nächsthöheren Klasse würde immer nur 200 Mark betragen, ein Betrag, der doch zu gering ist, um seinetwegen Mißstimmung wegen Zurücksetzung auszulösen.

Das Prinzip des Vorschlages ist einmal, dahin zu wirken, daß die Rivalität zwischen den einzelnen Gruppen beseitigt wird, und die muß ausgerottet werden, wenn die Beamtenschaft wirtschaftlich gesunden will. Dann soll das Einkommen der jüngeren Beamten so bemessen sein, daß sie frühzeitig eine Familie gründen können, eines der wichtigsten Probleme, vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus gesehen. Aus demselben Grunde sollte auch zwischen Anfangs- und Endgehalt nur eine (höchstens zwei) Gehaltsstufe liegen.

Eine Forderung der Unterbeamten geht dahin, sie so zu stellen, daß sie im Anfangsgehalte mindestens das mittlere Einkommen derjenigen Arbeiterklasse beziehen, aus der sie sich rekrutieren. Dieser Forderung dürfte in den vorgeschla-

genen Sätzen der Gruppen 1 a und b entsprechend der heutigen Geldwerte ungefähr erreicht sein, wenn angemessene Ortszulagen und Erziehungsbeihilfen hinzukommen. Ohne derartige Zulagen ist eine Besoldungsreform in absehbarer Zeit noch nicht möglich. Das Jahresverdienst eines gewöhnlichen Arbeiters schwankt heute zwischen 3500 bis 5000 Mark. Dementsprechend müßte auch das Einkommen der Unterbeamten in den Klassen 1 a und b so bemessen sein, daß sie auf keinen Fall schlechter gestellt sind, als wenn sie im Arbeiterverhältnis geblieben wären. Das Einkommen in der Klasse 2 a (neue Assistentenklasse mit der Ortszulage der mittleren Beamten) entspricht dem der besseren Qualitätsarbeiter, das zwischen 5000 bis 7000 Mark schwankt. Sämtliche gehobene Unterbeamten, Rangiermeister, Lademeister, Wagenmeister, Werkführer, Unterassistenten, Weichensteller 1. Klasse, ferner die Zugführer und Lokomotivführer sollte man kurzerhand in dieser Klasse vereinigen und ihnen die Klasse 2 b als Beförderungsmöglichkeit offenhalten.

So, und zwar im Prinzip nur so, wobei es auf Abweichungen hinsichtlich der Gehaltssätze je nach dem künftigen Wert des Geldes gar nicht ankommt, wobei es ferner gar nicht darauf ankommt, ob die eine oder andere Klasse noch eine Stufe weiter über das ihr von den anderen Klassen eingeräumte Niveau hinausrückt, nur so wird eine Besoldungsreform zustande kommen, bei der das Staatsinteresse mit der Zufriedenheit der Beamten harmoniert. An Gegnerschaft wird es auch diesem Vorschlag aus allbekannten Gründen nicht fehlen. Aber es kommt nicht darauf an, daß der Ehrgeiz einzelner Beamtenklassen befriedigt wird, sondern darauf, daß allen Beamten, auch den untersten, das Leben lebenswert gemacht wird.

Aus der Beamtenbewegung.

Bund der Beamten der preuß.-hessischen Staatsbahn und der Reichseisenbahnen und das Reichskartell.

Der Bund der preußisch-hessischen Staatsbahn, im folgenden der Einfachheit halber kurz Bund oder Eisenbahnerbund genannt, ist erst in der letzten Zeit entstanden. Seine Gründung ist ohne rechte Fühlungnahme mit den bestehenden größeren Beamtenorganisationen erfolgt, hat manche in der Beamtenbewegung Führenden sogar überrascht.

Es ist verständlich, daß die alten Organisationen der Neugründung gegenüber sich erst abwartend verhielten. Nachdem Näheres über den Eisenbahnerbund bekannt geworden ist, haben der Lokomotivführerverband und das Reichskartell sich gegen den Eisenbahnerbund erklärt. Das Reichskartell hat seine Stellungnahme damit begründet, daß der Bund „überflüssig" sei.

Ist diese Stellungnahme noch heute gerechtfertigt?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir feststellen, was will das Reichskartell, was will der Eisenbahnerbund? Was wir wollen, ist in unserm Programm festgelegt. Seiner Struktur nach hat das Reichskartell das Programm vom Standpunkt des Unterbeamten und unter diesen vorzugsweise des Eisenbahnunterbeamten formuliert.

Der Eisenbahnerbund hat nun zweierlei auf sein Programm gesetzt:

1. die alle Beamten angehenden Fragen, wie Beamtengesetz, Vereinsrecht, Koalitionsrecht usw.,
2. Regelung der eigentlichen dienstlichen Verhältnisse in den einzelnen Direktionsbezirken, wie gleichartige Auslegung der Ministerial-Verfügungen, Dienstpausen usw.

Was den Punkt 1 angeht, sind die Forderungen in dem Reichskartellprogramm enthalten. Die Unterbeamtenverbände, die sowohl dem Reichskartell wie dem Eisenbahnerbund angehören, tragen also zweifache Verbandskosten zur Erreichung ein und desselben Zieles. Dies ist sachlich in keiner Weise gerechtfertigt, zumal das Reichskartell wie der Eisenbahnerbund selbständig arbeiten.

Das Reichskartell hat auch in wirksamer Weise sich für die Interessen seiner Mitglieder eingesetzt. Was vom Reichskartell geleistet worden ist, weiß jedes Mitglied. Und wer sonst es wissen will, schaue in unser Archiv und in die Archive der Parteien.

Die Doppelzugehörigkeit ist also nur begründet, wenn Punkt 2 eine so wesentliche und selbständige Bedeutung hat, daß deswegen eine neue Organisation gerechtfertigt ist.

Was besagt nun Punkt 2? Zusammengefaßt kann man sagen: Regelung der örtlichen Dienstverhältnisse innerhalb der einzelnen Direktionsbezirke. Zur Regelung dieser Fragen sollen, so sagt unser Programm, Beamtenausschüsse und Beamtenkammern errichtet werden.

Also auch Punkt 2 ist in unserm Programm enthalten. Doch die Beamtenausschüsse bestehen noch nicht und wer weiß, wann sie kommen? Soll den Beamten denn zugemutet werden, bis dahin, vielleicht noch für lange Zeit also, die vorhandenen Uebelstände geduldig zu ertragen? Es kann nicht Aufgabe einer Großorganisation sein, sich angesichts der großen, alle Beamten angehenden Fragen darum zu kümmern, daß an diesem oder jenem Orte ein Dienstvorsteher den Beamten einmal die Mittagspause verweigert oder dergleichen. Das müßte unbedingt zu einer Kräftezersplitterung führen. Gewiß registriert die Großorganisation solche Fälle als Material ihrer Forderungen. Doch die sofortige Abstellung kann ihre Aufgabe nicht sein. Hierfür müssen die Fachverbände in den Direktionsbezirken, Bezirksvereine und Ortsgruppen selbst sorgen, wenngleich sie Mitwirkung von der Zentralorganisation verlangen können und müssen. Wir kommen daher zu dem Ergebnisse, das auch bezüglich des Punktes 2 eine neue Organisation sachlich nicht begründet ist.

Eine solche Tätigkeit rechtfertigt nicht einmal die mit jeder Verbandsgründung verbundenen Unkosten, geschweige denn die, beim Bund übrigens sehr hohen Beiträge. Und trotz alledem kann der Eisenbahnerbund für die Eisenbahnbeamten von Vorteil sein, nämlich wenn er wird eine Organisation für alle Eisenbahnbeamten in Fortentwicklung der bisherigen Organisationsbestrebungen.

Warum sollten sich nicht alle Eisenbahnbeamten zusammenfinden, warum nicht einheitlich ihrem Willen auf Erfüllung der sie alle angehenden Fragen Ausdruck geben? Ich bin der Ansicht, daß hierdurch allen Eisenbahnbeamtenklassen nur gedient sein könnte. Eine solche Organisation muß sich aber gründen auf die bestehenden Organisationen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müßte daher der Eisenbahnerbund folgende Verfassungsänderung vornehmen:

Träger der ganzen Organisation sind die Fachverbände, evtl. durch die Zwischenorganisationen vertreten. Deren Vorsitzende bilden per se den — nennen wir es — Ausschuß. Der Ausschuß faßt die Entschlüsse. Bei ihm ruht alle Gewalt. Zur Vorbereitung und Ausführung der Ausschußbeschlüsse wird von ihm ein Vorstand gewählt. Weitere Machtbefugnisse stehen diesem nicht zu. Damit nun die in der Zwischenorganisation vertretenen Verbände und etwaige Nebenverbände einiger Sparten zu Gehör kommen können, diene als drittes auch dieses umfassende Organ. —

Der Bundestag. Dieser umfaßt auch die Vorstände der Direktionsvereinigungen. Die Direktionsvereinigungen bestehen aus den in der Direktion befindlichen Fachverbänden, deren Vorsitzende den Vorstand bilden. Sie haben das Recht und die Pflicht zur Erledigung rein örtlicher Angelegenheiten, sowie zur Durchführung der Beschlüsse des Verbandsausschusses, an den sie auch Anträge stellen können.

Auf dieser Grundlage wurde Ende August 1918 zwischen dem Lokomotivführerverband und dem Reichskartell einerseits und vom Vorstande des Eisenbahnerbundes anderseits auf einer Besprechung in Berlin eine Einigung erzielt. Es liegt nun beim Bund selbst, ob er seinem Vorstande folgt. Es ist zu wünschen im Interesse der gesamten Beamtenbewegung. Einigkeit macht stark. Diese ist bei der bisherigen Gestaltung des Bundes nicht gegeben. Von der Entschließung des Bundes hängt auch die Stellungnahme des Reichskartells ab.

Peters.

Natural-Besoldung.

Dr. jur. A. von Schwerin, Obersteinbach, schreibt in der „Deutschen Warte":

Ueber eine Aufbesserung der Besoldung unserer Beamten besteht wohl kaum noch irgendwie ein Streit. Durch die Entwertung des Geldes im Kriege sind die sämtlichen Beamten aufs schärfste getroffen. Die ihnen gewährten Zulagen haben im allgemeinen keineswegs mit dem Notstand Schritt gehalten. Die Beamtengehälter waren, wie aus den Arbeiten des Geh. Admiralitätsrates Danneel hervorgeht, auch für die höheren Beamten völlig unzureichend gegenüber früheren Zeiten, und dieser Zustand hat sich natürlicherweise im Kriege verschärft. Die Beamten sind nicht in der Lage, ihre Einkommensverhältnisse überhaupt den Teuerungsverhältnissen anzupassen, und aus dieser Unmöglichkeit ergaben und ergeben sich auch für die Zukunft Zustände, welche wir beklagen müssen; denn die Zufriedenheit der Beamten mit ihrer wirtschaftlichen Lage ist eine Vorbedingung für ihr gedeihliches Arbeiten. Wenn aber durch Preissteigerungen und Wertveränderungen des Geldes fortwährend Beunruhigung in ihre Reihen getragen wird, so kann dies der Allgemeinheit nur schädlich sein.

Es gibt ein Mittel, um diesem Zustande abzuhelfen; man braucht sich nur alter, vernünftiger Ordnungen, die noch an manchen Stellen bestehen, zu erinnern und diese aus dem

Staub hervorzusuchen, um ein Mittel zu finden, wie man die Dinge verbessern könnte.

In einer großen Anzahl von Pfarreien in Bayern besteht auch heute noch die sogenannte „Getreidebesoldung". Sie ist von dem Patron der Kirche zu leisten und bestand früher in einer bestimmten Anzahl von Zentnern Roggen, Weizen, Gerste usw., die von dem Patron alljährlich dem Inhaber der Pfarre abzugeben waren. Man erzählte mir dort, daß an manchen Stellen der Pfarrer gar nicht wußte, was er mit dem vielen Getreide machen sollte; wenn der Ort ungünstig gelegen war, weit von der Bahn entfernt, kein eigenes Fuhrwerk des Pfarrers vorhanden, so erlitt der Pfarrer bei dem Verkauf des Getreides erheblichen Schaden. Aus diesen und verschiedenen anderen, hier nicht zu erörternden Gründen wurde an Stelle des Getreides Geld gegeben, aber nicht in der kurzsichtigen Handhabung, wie dies bei Ablösungen fast immer geschehen ist, nämlich daß eine den zufälligen Geldverhältnissen angepaßte Summe bestimmt wurde, die für alle Zeiten nun zu zahlen wäre. So wurde es zum Glück für die Pfarrer nicht gemacht, sondern es wurde bestimmt, daß alljährlich im Herbst von der Regierung der „Normalpreis" des Getreides bestimmt, im Regierungsorgan veröffentlicht und danach die Auszahlung der sogenannten Getreidebesoldung vorgenommen werden sollte. Natürlich ist schon in Friedenszeiten dieser Normalpreis für das Getreide wechselnd gewesen, so daß in teueren Jahren der Pfarrer mehr bekam, als in billigen Jahren. Im Kriege nun hat sich diese Getreidebesoldung aufs glänzendste bewährt. Der Pfarrer bekommt einen erheblich höheren Preis, der es ihm ermöglicht, seine notwendigen Lebensbedürfnisse leichter zu befriedigen. Der Patronatsherr wird aber auch nicht im entferntesten geschädigt, denn er bekommt ja für sein Getreide auch einen höheren Preis, so daß er ohne weiteres diese höhere Abgabe leisten kann. Auf diese Art und Weise ist für viele ländliche Pfarreien, in denen die glückliche Einrichtung noch besteht, die allgemeine Teuerung viel weniger bemerkbar. Es sei noch angeführt, daß die ländlichen Pfarreien auch meistens Holz geliefert bekommen in einem Maß, wie sie es nicht verbrauchen können, und durch den Verkauf und Mehrerlös jetzt bessergestellt sind.

Wer mit den Bodenfragen vertraut ist, wird hier aufs deutlichste erkennen, daß da, wo auch die Besoldung in ein vernünftiges Verhältnis zum Boden gebracht ist, ein Notstand entweder gar nicht eintritt oder jedenfalls sehr gemildert wird. Die Beibehaltung der Naturallöhnung in einer vernünftigen Form erscheint hier der Rettungsanker. Wenn man z. B. statt das Grundgehalt der Beamten nach irgendeinem Geldschema aufzustellen, den Wert des Getreides dafür zugrunde legte, so würde man einen Notstand wie den heutigen für die Beamten vermeiden. Automatisch würden den Beamten ungefähr 65 Prozent ihres Gehaltes mehr gegeben werden müssen als sie jetzt haben. Selbstverständlich würde die Bewilligung solch starker Gehaltserhöhungen und Aufbesserungen unter Umständen einige Schwierigkeiten haben. Da wir aber in dem Haushaltsplan aller Staaten und Städte die Einkommensteuer haben, so ist es möglich, durch Zuschläge zur Einkommensteuer die Beamtengehälter zu erhöhen, eine Erhöhung, die ja mit dem Sinken der Getreidepreise fortfiele. Wenn man anerkennt, daß die Gehälter unzureichend sind, so kann es sich doch nur darum handeln, den gerechten Maßstab zu finden, um sie zu erhöhen. Es handelt sich also darum, und das ist nicht gar zu schwer, den Normalpreis festzustellen. Man braucht sich gar nicht auf das Getreide zu beschränken, man könnte auch Holz und Kohlen hinzuziehen und dann nach einem gewissen Schema eine Zahl feststellen, welche den Normalpreis der hauptsächlichsten Bedürfnisse enthielte. Allein der Normalpreis für Wohnungen würde große Schwierigkeiten bereiten. Der Mietssteigerung gegenüber müssen andere Maßregeln Platz greifen, die in ihrem vollen Umfange nur durch eine bodenreformerische Gesetzgebung gemildert und beseitigt werden können.

Hier soll nicht der ganze Umfang des Problems der Beamtenbesoldung aufgerollt werden, die nur im Zusammenhange mit einer vernünftigen Arbeitseinteilung gelöst werden kann, so daß z. B. nicht Herren mit der Bildung eines Oberlehrers am Schalter Briefmarken verkaufen, d. h. daß nicht Dienste mechanischer Art von Leuten von langer und schwieriger Vorbildung gemacht werden, daß in viel weiterem Maße die Technik herangezogen wird, wodurch teure Kräfte erspart werden und so eingesparte Gehälter den anderen zugelegt werden können. Alle diese Fragen sollen hier ganz unerörtert bleiben. Es soll nur einmal auf die alte Einrichtung hingewiesen werden, die man sehr wohl hervorziehen und benutzen könnte.

Lebenshaltung und Gehaltsreform.

IV.

A. Zeiler.

In Nr. 194 der Zeitung „Der Tag" fragt Frhr. von Bönigk, ob die Beamtengehaltserhöhung der richtige Weg sei, zur Hebung der Beamtennot, und verneint die Frage. Mit vollem Recht — wenn wir unter Gehaltserhöhung das verstehen, was heute unter diesem Namen läuft, d. h. eine Gehaltsgestaltungsweise der herkömmlichen und allgemein gebräuchlichen Art. Aber was Frhr. v. Bönigk der notleidenden Beamtenschaft als das Heilmittel empfiehlt, geht fehl. Zum Teil sind die Mittel, die er nennt, noch viel zu schwacher Wirkung, zum Teil hätten sie Schädlichkeiten schlimmer Art im Gefolge.

Ganz mit Recht zwar mahnt er zu einfacher Lebensführung. Aber ein Unrecht ist es, diese Mahnung gerade an die Beamtenschaft und nur an sie zu richten. Durch die Mahnung, der Beamte soll dem Volksgenossen im Guten ein Vorbild sein, wird jenem zwar ein ehrendes Zutrauen erzeigt. Wie aber, wenn der Beamtenstand gegenüber dem Gesamtvolk allzu schwach an Zahl ist, als daß das gute Vorbild eine Wirkung und Nachahmung verspräche? Und wie, wenn die Volksgenossen den Beamten um seiner „vorbildlichen Einfachheit" nicht achteten, sondern verlachten? Das aber ist mit allergrößter Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Dann aber muß entschieden bestritten werden, daß die Beamten (ich meine dabei selbstverständlich ihre große Mehrzahl, die, ohne Vermögen, nur auf ihr Gehalt angewiesen sind, und die eine Familie zu unterhalten haben) überhaupt noch mehr an Einfachheit und Einschränkung leisten könnten als heute schon. Wo ist der Beamte, der (ohne Vermögen zu haben) sich den Kopf darüber zerbrechen dürfte, ob er lieber nach Wiesbaden gehe oder in einen billigern Sommerort? Und die Frau soll Schlafgänger bedienen und ihre Töchter als Vogelscheuchen auf die Straße schicken? Und wenn es am Orte elektrisches Licht gibt, soll der Beamte bei der Oelfunzel sitzen — damit er es nicht sieht, wie die andern seiner Einfachheit lachen? Nein, vor dem Vorwurf einer übermäßigen Lebensführung muß, wenn einer, dann der Beamtenstand sicher sein, der durch die Enge seiner wirtschaftlichen Lage sogar zu einer weit über das Durchschnittsmaß hinausgehenden Beschränkung der Kinderzahl gezwungen ist. Nein, mit Einsparungen wird nur mehr verflucht wenig zu machen sein; dazu ist die Wirtschaftslage der Beamten im Verlaufe von Jahrzehnten doch schon allzusehr gesunken.

Die — auch von den gegenwärtigen außergewöhnlichen Zuständen abgesehen — starke und fortschreitende Geldentwertung ist natürlich, wie Freiherr v. Bönigk mit Recht erwähnt, eine der Ursachen für die mißliche Lage der Beamten. Aber darauf, daß die Staatsgewalt durch Eingriffe der Gesetzgebung das Sinken des Geldwertes aufhielte, wollen wir uns doch lieber nicht verlassen. Oder rechtfertigt etwa die Erfahrung, die wir in der Kriegszeit mit den Höchstpreisen gemacht haben, ein Vertrauen, daß es dort besser ginge? Die Aufwandseinschränkung aber als Mittel gegen die Folgen der Geldentwertung ist gut, jedoch nur dann, wenn die Geldentwertung alle Volksgenossen gleichmäßig trifft, aber wahrlich nicht da, wo ein Teil der Volksgenossen, und zwar die weit überwiegende Mehrzahl, die Wirkungen der Geldentwertung durch eine Steigerung ihres Einkommens wettzumachen vermag!

Aber der Weg der Selbsthilfe? Der geht vielleicht an, soweit es sich um die Wohnungsfrage handelt. Aber nur eine schwache Minderheit der Beamten würde es sein, der die Annehmlichkeit einer vielleicht um 100 oder selbst 300 Mark billigeren Wohnung zugute käme. Und stellen wir uns diese Art Selbsthilfe wirklich in ausgiebiger Weise ausgeführt vor, so erhielten wir Häuserblöcke, erhielten ganze Stadtviertel, die ausschließlich mit Beamten besiedelt wären. Man braucht sich das nur vorzustellen, um darüber klar zu sein, daß eine solche äußerliche Absonderung eines Standes als geschlossener Kaste seinem Verhältnisse zu den Volksgenossen recht abträglich sein müßte. Nicht minder aber wäre die Gründung von Beamtenverbrauchsgenossenschaften (auch hier in einer Durchführung für die Gesamtheit der Beamtenschaft) eine beständige Quelle der Mißstimmung im Volke.

Nein, statt mit solchen Mitteln Unterschiede und Gegensätze zu schaffen und zu verschärfen, mildere und beseitige man die bestehenden! Man stelle den Beamten gleich in seiner Wirtschaftslage mit den Volksgenossen. Er soll nicht sich, die Volksgenossen sollen nicht ihn als außerhalb der Gesamtheit stehend fühlen. Er ist Teil des Volkes, gehört zu ihm und soll sich eins fühlen mit ihm in allem.

Also grundsätzlich ist all das, was Freiherr v. Bönigk fordert, abzulehnen; erträglich sind diese Mittel nur, sofern und solange wir sie als einen unentbehrlichen Notbehelf brauchen, um der Beamtenschaft bei der heutigen schlimmen Unzulänglichkeit der „Gehaltserhöhungen" ihre schwere Lage wenigstens einigermaßen zu erleichtern.

Diese „Gehaltserhöhungen" aber freilich sind eine verfehlte Einrichtung von Grund aus. Eine Erhöhung des Gehalts hat es noch nie gegeben. Bestenfalls eine zeitlich stark verspätete Angleichung an die Aufwärtsentwicklung des allgemeinen Wohlstands. Darum ist es allerdings richtig, daß die Gehaltserhöhungen, wie sie allgemein üblich sind, unvermeidbar zu einem weiteren Hinabsinken der Beamtenschaft führen würden. Ich sagte: bestenfalls eine Angleichung. In Wirklichkeit ist das Nachhinken zugleich auch immer unzulänglich in seiner Höhe. Bei den vier Gehaltserhöhungen z. B., die in Bayern die Jahre 1888, 1894, 1904 und 1909 brachten, blieb jedesmal das Gehalt (in seiner aufgebesserten Höhe) hinter der allgemeinwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung (seit dem Zeitpunkt der letztvorhergegangenen Gehaltserhöhung) zurück. Die Aufbesserung betrug nur rund 30, 70, 30, 80 v. H. jenes Aufstieges, und die schließliche Wirkung war die, daß nach der letzten Gehaltserhöhung (von 1909), wenn wir annehmen, im Jahre 1880 wäre das Verhältnis des Gehalts zu dem der allgemeinen Wohlstandshöhe gleich 1000:1000 gewesen, nun das Verhältnis von Gehalt und Wohlstandshöhe nur mehr 725 zu 1000 betrug. Das war 1909. Und wie ist seitdem das Beamtengehalt, wenn es zahlenmäßig gleichgeblieben ist, an wirtschaftlicher Kraft gesunken! So war's in Bayern, und so ist's allerwärts. Die Berechnungen, die den mitgeteilten Zahlenangaben zugrunde liegen, bin ich in der Lage, nächstens zu veröffentlichen in einer Schrift: „Der Beamtenschaft Not und Rettung", die im Verlage des Bayerischen Verkehrsbeamtenvereins zu München erscheint.

In der Tat, die heutige Gehaltsgestaltungsweise, die jedesmal in schwerer Gesetzgebungsarbeit mühsam und nur unter Verlust an Ansehen „Gehaltserhöhungen" schafft, ist verfehlt und muß einer anderen Gestaltung weichen. Nicht mehr darf das Gehalt von Fall zu Fall, in längeren Zwischenräumen all der Fährlichkeiten des Gesetzgebungsweges, dem Zufall der augenblicklichen Geldlage des Staatshaushalts ausgeantwortet bleiben. Was wir an ihrer Stelle brauchen, ist eine selbsttätige, zwangläufige, jährliche Anpassung des Gehalts an die allgemeinwirtschaftliche Entwicklung des Gesamtvolks.

In Nr. 197 macht der Abg. Oelze den Vorschlag, die Beamtengehälter (in ihrem Durchschnitt) jeweils auf der Höhe des Roggenpreises zu halten; denn dieser sei „ein richtiger Maßstab für die Kosten der Lebenshaltung und damit für den Wert des Geldes". Anpassung, und zwar selbsttätige, darin liegt allerdings der Schlüssel zur Lösung aller Schwierigkeiten. Aber nicht eine Anpassung an den Roggenpreis. Nach dem Landesdurchschnitt kostete in Bayern

im Jahre	das Pfund Roggenmehl	das Pfund Weizenmehl	das Pfund Roggenbrot
1872	14 Pfg.	19 Pfg.	12 Pfg.
1890	16 Pfg.	19 Pfg.	16 Pfg.
1900	13 Pfg.	17 Pfg.	14 Pfg.
1910	15 Pfg.	19 Pfg.	16 Pfg.

Und nun halte man dagegen die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten in dieser Zeit! Wäre das Beamtengehalt nach Oelzes Vorschlag in diesen vierzig Jahren jeweils auf der Höhe des Roggenpreises gehalten worden, dann hätten die Beamten eine Aufbesserung erhalten noch weit hinter dem ganz unzulänglichen Maße, das ihnen so zuteil geworden ist.

Aber auch keine Anpassung „an die Preise der wichtigsten Lebensmittel". Diesen von mir früher gemachten Lösungsversuch hat Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Lotz die Freundlichkeit in Nr. 199 zu erwähnen. Ich habe mich seit der Veröffentlichung dieses Versuchs davon überzeugt, daß der Weg nicht gangbar ist. Nicht nur ist die Erfassung der Grundlagen für eine Anpassung dieser Art allzu schwierig und unzuverlässig, sie muß auch darum zu falschen Ergebnissen führen, weil sie von den zwei wirtschaftlichen Erscheinungen: dem Sinken der Kaufkraft des Geldes und der wirklichen Hebung der Lebenshaltungshöhe (oder des Volkswohlstandes), im wesentlichen nur die erste erfaßt, während die zweite unberücksichtigt bleibt oder wenigstens stark zu kurz kommt. Wir müssen beide zusammen zur Unterlage der Anpassung machen, genau so wie eben im Leben auch beide zusammen wirken, kaum ausscheidbar, und beide in derselben Richtung.

Diese beiden Erscheinungen zu berücksichtigen, scheint sich kein einfacherer und sicherer Weg zu bieten als der einer Anpassung an die Höhe des volksdurchschnittlichen Einkommens.

Und nicht nur ein Teil jeden Beamtengehalts müßte dieser Entwicklung des Einkommens angepaßt erhalten bleiben (wie Dr. Lotz mißverständlich als meinen Vorschlag erwähnt), sondern das gesamte Gehalt. Bliebe ein Teil jedes Beamtengehalts (sagen wir beispielsweise die Hälfte) von der Anpassung ausgeschlossen, so zeigt eine sehr einfache Rechnung, daß er damit doch wieder unausbleiblich hinter der allgemeinwirtschaftlichen Entwicklung zurückbliebe.

Erfreulicherweise ist die Anpassung an das volksdurchschnittliche Einkommen ebenso einfach wie sachlich angemessen. Es bedarf nur, den Gedanken aufzunehmen und klar durchzudenken.

Kopf hoch!

Der Seher Johannes nennt in seiner „Offenbarung" neben Dieben, Mördern, Ehebrechern u. a. auch die „Verzagten", die das letzte höchste Ziel der Menschenseele nicht erreichen werden. Und ein deutscher Dichter Ernst Moritz Arndt sprach von den „Halben", die weder die Freiheit noch das Himmelreich gewinnen können. Unsere Zeit steht augenblicklich so recht im Zeichen der Verzagtheit und Halbheit. Des Deutschen Herz war in diesen Tagen wirklich „ein jämmerlich und verzagtes Ding". Nur wenige behielten den Kopf oben. Mit Verzagtheit im Herzen wird, das kann gar nicht deutlich genug ausgesprochen werden, das deutsche Volk nun und nimmer einen auch nur halbwegs erträglichen Frieden erreichen können. Verzagtheit im Herzen des deutschen Volkes bedeutet in diesen ernsten Zeiten zugleich auch Verzicht auf unsere völkische Zukunft. Hätten sich Friedrich der Große, seine Soldaten und sein Volk in den schwersten Tagen angesichts siegreicher, in zehnfacher Uebermacht befindlicher Feinde von einer verzagten Stimmung unterkriegen lassen, wir wären heute kein starkes, geeintes deutsches Volk. Dutzendfach wären unsere heimatlichen Fluren seit dem Tage von Kolin schon wieder von feindlichen Heeren zerstampft worden und dutzendfach hätten die Großmächte unsere zerstückelten Heimatlande hin und her geschachert, und Millionen und aber Millionen von Deutschen hätten während der letzten 150 Jahre feindlichem und fremdem Volkstum als Kanonenfutter und Kulturdünger dienen müssen. Unsere Vorfahren aus der friderizianischen Zeit verzagten nicht. Ein fester staatlicher Bau entstand, den selbst der große Korse nicht vernichten konnte und dessen Schlußstein von unseren Vätern anno 1870-71 gelegt wurde.

Also: Verzaget nicht! Glaubet nur! Glaubt zunächst einmal, daß ein höheres Walten die Weltgeschichte regiert. Glaubt fest, und macht es Euch auch verstandesmäßig klar, daß ein tüchtiges 70-Millionenvolk nicht aus der Weltgeschichte wegradiert werden kann. Glaubt an die Zukunft Eures Volkes. Glaubt auch, daß diese ernsten Zeiten mit allen Leiden und Demütigungen dem deutschen Volke schließlich doch zum Heile gereichen werden. Das deutsche Volk war zu großen Dingen noch nicht reif. Es bedurfte der Läuterung. Wir waren eine aufgeblasene Parvenügesellschaft inmitten der Völker geworden. Unser deutsches Land, das Land der Denker und Dichter, der Idealisten, das Land der Glaubens- und Gewissensfreiheit, wurde von einem neudeutschen Krämervolk bewohnt. Das mammonistische Zeitalter, angestaunt von vielen ob seiner Kulturhöhe, erstickte alle großen staatspolitischen, völkischen und sittlichen Ideen und knechtete die wirtschaftlich schwachen Volksgenossen. „Nach trüber Nacht folgt heiterer Sonnenschein" — nach den Tagen großer nationaler Trauer wird auch dem deutschen Volke wieder die Sonne einer besseren Zukunft leuchten. Das glauben wir felsenfest und aus diesem Glauben sollen wir die Kraft schöpfen, in den nächsten schweren Monaten unsere Pflicht bis zum äußersten zu tun.

Inmitten der Weltrevolution.

Unter dieser Rubrik schreibt die Reichskartell-Korrespondenz:

Wir haben jetzt, wenn auch in einer recht trüben Zeit, die Genugtuung, mit unserer Beurteilung der Einwirkungen des Krieges auf das wirtschaftliche Leben der Völker recht behalten zu haben. Seit Jahr und Tag haben wir all die Wirtschaftsmenschen aus den Arbeitgeber-, Arbeiter- und Parteilagern verspottet und bekämpft, die glaubten, die bisherigen hochkapitalistischen Wirtschaftsformen durch den Krieg hindurch hinüber in den Frieden retten zu können. Die Weltrevolution ist im Gange. Die alte hochkapitalistische Wirtschaft, in der die tieferen Kriegsursachen begründet liegen,

hat durch den Krieg den Todesstoß bekommen. Es sind komplette Narren, die meinen, der jetzt zu Ende gehende Weltbrand hätte irgendwie verhindert werden können, etwa dadurch, daß wir auf die Flotte verzichtet hätten oder dergl. mehr. Die hochkapitalistische Entwicklung aller Kulturvölker mit ihrem rücksichtslosen und ungeheuren Konkurrenzkampf häufte den Zündstoff im Pulverfaß. Der Funke in dieses Pulverfaß wurde allerdings, das steht nun ja geschichtlich und urkundlich fest, nicht von Deutschland, sondern von seinen Feinden hineingeschleudert. Aber die tieferen Ursachen des Krieges liegen in unserer zügellosen privatkapitalistischen und mammonistischen Wirtschaftsweise ebenso, wenn auch vielleicht nicht in demselben Umfange begründet, wie in der der feindlichen Staaten.

Werden wir uns klar darüber: der Weltkrieg ist die Weltrevolution, wir stehen mitten drin. In Rußland fegte die Revolution das alte zaristische Regiment hinweg und mit ihm zugleich die alten Wirtschaftsformen. Der Kommunismus bolschewistischer Prägung herrscht. Selbst nach seinem Ende, das sich heute noch nicht zeitlich prophezeien läßt, wird in Rußland nicht mehr die alte Wirtschaftsweise erstehen. In Deutschland durcheilen wir zurzeit in der Entwickelung Jahrzehnte in wenigen Tagen. Die alte Regierungsform stürzte zusammen. Eine unblutige politische Revolution brachte das parlamentarische System. Gleich, ob man es liebt oder haßt, es ist da und wird nicht mehr verschwinden. Der politischen Revolution wird auch bei uns die wirtschaftliche Revolution folgen, hoffentlich ebenso unblutig wie die erstgenannte. Deutschland dürfte das erste Land sein, in dem die Demokratie der Staatsgewalt keinen hochkapitalistischen Charakter wie etwa in England, Amerika oder Frankreich bekommen wird. Der Sozialismus ist bei uns schon zu stark. Seine Tendenzen, wenn auch nicht in der marxistischen Fassung, finden wir in der nichtsozialdemokratischen Arbeiter- und Angestellten-, bzw. Beamtenbewegung ebenso, wie bei den Genossenschaften, den Bodenreformern, den Anhängern von Rathenau. Das Programm des Reichs-Kartells ist sozialistisch im allerbesten Sinne des Wortes. Deutschland, gezwungen durch seine ungeheuren Kriegslasten und seine vorgeschrittene sozialistische Ideenwelt, wird in schnellem Tempo zur weitgehenden Sozialisierung unserer Wirtschaft übergehen. Durch sie wird auch indirekt die hochkapitalistische Demokratie der Ententestaaten den Todesstoß bekommen. Nicht mehr der Profit, sondern der Mensch, geschaffen nach Gottes Ebenbilde, wird in Zukunft im Mittelpunkte der Wirtschaft stehen. Nicht mehr Profit, sondern Bedarfsdeckung wird Zweck der Wirtschaft sein. Beginnen werden wir mit der restlosen Erfassung aller Kriegsgewinne, mit teilweiser Beschlagnahmung großer Vermögen zur Deckung der Kriegskosten, mit Ueberführung privatmonopolistischer Produktionszweige in die öffentliche Hand, mit Kontrolle und Mitbesitz der Banken und des Geldwesens durch den Staat, mit Ersatz des privatkapitalistischen Handels, auch des genossenschaftlichen Handels, und dessen Unterstützung durch alle öffentlichen Gewalten, mit Bodenbesitzreform und Bodenenteignung für Wohn- und Siedelungszwecke. Freilich, einen Sozialismus starrer, marxistischer Prägung wird das deutsche Volk nicht ertragen. Einem Sozialismus, wie wir ihn vertreten, wird die Zukunft gehören. Die Motive werden wir uns nach wie vor nicht aus der materialistischen Ideenwelt der Sozialdemokratie, sondern aus der deutschen idealistischen und christlichen Ideenwelt holen. Zum Glück der Menschen gehört nicht nur ein voller Magen. Der neue sozialistische deutsche Wirtschaftsstaat braucht auch durchaus nicht republikanisch zu sein. Die Monarchie ist in Deutschland noch zu retten, aber nur dann, wenn sie innerlich genau so wie wir mit der kapitalistischen Ideenwelt und ihren Machtfaktoren bricht und sich bewußt an die Seite oder noch richtiger an die Spitze einer national-sozialistischen Bewegung stellt.

Unsere Freunde im Lande sehen, daß wir, auch rein organisatorisch betrachtet, keinen Grund haben, bezüglich unseres Programms umzulernen. Allerdings: die Zeiten der exklusiven Standespolitik, das gilt besonders für die Beamtenverbände, sind vorüber. Wir werden in Zukunft unsere Ziele nur im engsten Conex mit den uns nahestehenden Strömungen der Arbeiterbewegung erreichen können.

Schauen wir vorwärts, brechen wir auch mit dem Glauben, als ob unsere bürgerlichen Parteien sich mit heiler Haut durch diesen Krieg hindurchretten könnten. Die ökonomischen Umwälzungen werden auch die noch ohne Zweifel in den bürgerlichen Parteien vorhandenen kapitalistischen Elemente mit den national- und christlich-sozialistischen Elementen in denselben Parteigruppen aneinanderprallen lassen. Kulturpolitische Bänder werden durch die wirtschaftlichen Gedanken und Tatsachen vorerst gesprengt werden. Rüsten wir uns, damit wir zur gegebenen Zeit den rechten Anschluß finden. Will die heutige nichtsozialdemokratische Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenbewegung im Zeichen der Parlamentsherrschaft noch eine Zukunft haben, dann wird sie erstens mit allen kapitalistischen Ideengängen konsequent brechen und zweitens zu politischem Eigenleben erwachen müssen.

* * *

Den Glauben an ein neues Deutschland haben wir, das ist nach Vorstehendem wohl jedem klar, noch nicht verloren. In einem sozialisierten neuen Deutschland wird soziale Gerechtigkeit wohnen, werden trotz aller Kriegsfolgen die Kulturgüter, wenn auch zunächst in bescheidenem Ausmaße, gleichmäßiger verteilt sein. Einen Unterschied der Stände wird es nach wie vor geben. Aber die Riesenkluft zwischen Mammonisten und Besitzlosen wird nicht mehr sein. Auch für die Staatsangestellten wird dann die Zeit kommen, wo für sie jede Einkommenserhöhung — im Gegensatz zu heute — einen Kulturfortschritt bedeutet. Auf dem Boden einer sozialisierten Wirtschaft werden sich tüchtige Persönlichkeiten ebenso erfolgreich auswirken können, als heute in der zügellosen privatkapitalistischen Wirtschaft. Antriebskräfte für den technischen Fortschritt werden auch ohne ungehemmten, persönlichen Profitanreiz vorhanden sein. Kunst und Wissenschaft werden sich frei und unabhängig von der mammonistischen Ueberkultur der Jetztzeit entfalten können. Ebenso die religiösen Faktoren, sofern sie sich nicht zum Verteidiger der dann verflossenen hochkapitalistischen Wirtschaftsperiode aufwerfen. Die wirtschaftlichen Hemmungen aller sittlichen und ideellen Ideen werden im wesentlichen beseitigt sein. Das neudeutsche Wirtschaftsvolk braucht selbstredend sittliche Lebensziele, denn sonst würde es, anstatt an dem mammonistischen Materialismus der Vergangenheit, an einem sozialistischen Materialismus zugrunde gehen.

In einer sozialisierten Wirtschaft wird sich jeder Deutsche als Staatsbürger fühlen. Die elende Zeit, in der wir jetzt leben müssen, wo ein Teil der Arbeiterschaft dem Staate feindlich gegenüber steht, die besitzenden Mittelschichten staatsbürgerlich so dumm wie lang sind und in dem Staate nur das Ding sehen, das sie fett macht, und die Führer des Wirtschaftslebens im Staat nur das Werkzeug ihrer hochkapitalistischen Expansionspläne sehen, wird uns dann wie ein böser Traum erscheinen.

Vereinsnachrichten.

Bez.-V. **Braunschweig.** Versammlungsbericht vom 13. Oktober 1918. Um 2 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende, Kollege Wendhausen, die schwach besuchte Versammlung. Nach Verlesen der Niederschrift von voriger Versammlung, welche angenommen wurde, erledigte der Kassierer die Kassengeschäfte. Ein Kollege wurde neu aufgenommen. Die Versammlung beschloß den Anschluß an die Direktionsvereinigung, damit die Interessen unseres Bezirksvereins durch den Vorstand der Vereinigung an maßgebender Stelle vertreten werden können. Das Eintrittsgeld für die Vereinigung beträgt für jeden Kollegen 1 Mark. Laut Beschluß der Versammlung soll dieser Betrag der Vereinskasse entnommen werden. Die laufenden Beiträge betragen jährlich 60 Pfg. Danach hat jeder Kollege vom 1. Oktober ab einen vierteljährlichen Beitrag von 2,65 Mark zu zahlen. Ferner beschloß die Versammlung, in Anbetracht dieser ernsten Zeit alle Mittel dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen, damit es vor Not und Gefahr geschützt bleibt. Nach einer allgemeinen Aussprache schloß der Vorsitzende die Versammlung.

A. Huwald, 1. Schriftf.

Bez.-V. **Cöln.** Da in unserer Versammlung am 20. 10. 18 zu wenig Mitglieder anwesend waren, um eine Sammlung für das Reichskartell vornehmen zu können, so möchte ich bitten, daß diejenigen Kollegen, welche noch keinen Beitrag entrichtet haben, denselben mittels Zahlkarte, welche der Zeitung beigelegt wurde, direkt absenden. Kein Kollege darf sich ausschließen. Kastenholz, Vors.

Bez.-V. **Duisburg.** Versammlungsbericht vom 13. 10. 18. Die Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden um 4 Uhr mit der Bekanntgabe der 7 Punkte umfassenden Tagesordnung eröffnet. Punkt 1 und 2 wurden wie üblich erledigt. Punkt 3: Neuaufnahmen fanden nicht statt. Punkt 4: Nächste Versammlung (gleich Generalversammlung) wurde auf den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr im Vereinslokale, Duisburg, festgesetzt. Punkt 5: Wahl von 2 Kassenrevisoren. Es wurden die Kollegen Eickelberg und Spieckermann gewählt. Unter Punkt 6 (Standesfragen) wurden einige persönliche Angelegenheiten besprochen und erledigt. Ferner wurde beschlossen, daß jeder verpflichtet ist, ein Prozent seiner Teuerungszulage für den Werbefonds zu zahlen (die Rottenführer 5 Mark und die Hilfsrottenführer 3 Mark). Hierauf wurde die Versammlung um 5½ Uhr geschlossen.

J. A.: Steinfort, Schriftführer.

Bez.-V. Königsberg i. Pr. Zu der Versammlung vom 6. 10. 18 hatten sich nur 9 Kollegen eingefunden. Es ist wenig erfreulich, wenn von 56 Mitgliedern nur 9 erscheinen, trotzdem bekannt gemacht war, daß eine sehr dringende Angelegenheit zu besprechen sei. Es muß doch jeder Kollege selbst einsehen, daß derjenige, welcher kein Interesse am Verein hat, als untaugliches Mitglied betrachtet werden muß. In jeder Versammlung wird vom Schatzmeister darüber Klage geführt, daß die Beiträge nicht immer regelmäßig gezahlt und vielfach ohne Bestellgeld eingesandt werden. Die Vereinskasse ist nicht in der Lage, noch für jedes Mitglied die Portokosten zu tragen. Vom 1. Januar 18 ab ist der Beitrag für auswärtige Mitglieder auf 2,70 Mark und für die im Stadtbezirk Königsberg wohnenden auf 2,80 Mark festgesetzt und bereits in jedem Versammlungsbericht erwähnt worden. Es ist sehr bedauerlich, daß nur wenige Mitglieder bisher ihre Beiträge nach dem neuen Tarif gezahlt haben. Außerdem ist laut Versammlungsbeschluß vom 6. 10. 18 ein einmaliger Beitrag von Mk. 0,50 für den Beamtenbund der Mittel- und Unterbeamten zu entrichten. Alle Kollegen werden nun nochmals dringend gebeten, alle fälligen Beiträge und Restbeiträge umgehend an den Schatzmeister, Kollegen Ludwig Rott, Königsberg i. Pr., Nasser Garten 1—3, einzusenden. Beiträge, welche bis zum 15. November 1918 nicht eingezahlt worden sind, müssen durch Postauftrag eingezogen werden. Mitglieder, welche auch den Postauftrag nicht einlösen, werden am 1. Januar 1919 aus dem Verein abgemeldet; denn wer seine Beiträge nicht zahlt und auch an den Versammlungen nicht teilnimmt, kann auch nicht als Mitglied betrachtet werden. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 5. Januar 1919, im „Pillauer Bahnhofsgarten", Königsberg i. Pr., Lizentgrabenstr. 21, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben werden. Alle dienstfreien Kollegen sowie auch Nichtmitglieder werden hierzu freundlichst eingeladen.

Friedrich Kahleck, 1. Vors.

Bez.-V. Kattowitz. Versammlungsbericht vom 6. 10. 18 und Einladung. Die Versammlung wurde um 2¼ Uhr vom 1. Vorsitzenden mit einem Hoch auf S. M. den Kaiser eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der 1. Vorsitzende die erschienenen Kollegen und hieß dieselben herzlich willkommen. Tagesordnung: 1. Anfertigen der Anwesenheitsliste. (Anwesend waren 11 Mitglieder.) 2. Verlesen der Niederschrift vom 7. Juli 1918. (Wurde verlesen und angenommen.) 3. Zahlen der Beiträge. (Wurde wie üblich erledigt.) 4. Verschiedenes: 1. Die Niederschrift in der Vorstandssitzung am 24. August d. Js. vom Bunde der Beamten der preuß.-hess. Staats- und Reichseisenbahnen, Bezirk Kattowitz, wurde verlesen. 2. Die nicht erschienenen Mitglieder in der Versammlung am 6. 10. 18 haben eine einmalige Umlage von 1,50 Mark zum Beamten-Bunde, Bezirk Kattowitz, sofort an den 1. Schatzmeister, Franz Galenziok in Hindenburg, Roastr. 5, zu entrichten, da für diese Mitglieder das Geld aus der Vereinskasse ausgelegt worden ist. 3. Auf Zahlkarte zur Gutschrift auf das Konto Nr. 4785, Wilhelm Gutsche in Elberfeld, Island 11, wurden von den erschienenen 11 Mitgliedern 33 Mark gesammelt und abgesandt. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. Nächste Versammlung findet am 5. 1. 1919 um 2 Uhr in Beuthen, O.-S., Tarnowitzerstr. 16, statt.

Kosalla, 1. Schriftf.

Bez.-V. Kottbus. Den Mitgliedern des Vereins zur Kenntnis! In der Versammlung am 6. 10. wurde beschlossen: Jedes Mitglied hat, sofern es noch nicht geschehen, 2 Mark an das Reichskartell zu entrichten und sie zu diesem Zweck an unsern Schatzmeister, Rottenführer August Lehmann in Ströbitz, Schulstr. 21, einzusenden. Derselbe sammelt das Geld und sendet es dann an das Reichskartell. Sollten Kollegen schon selbst Beiträge abgesandt haben, so haben dieselben die Quittung vorzulegen.

J. A.: Wilke, 1. Vors.

Bez.-V. Stettin. Da unsere am 15. 9. 18 stattgefundene Versammlung bloß von 9 Kollegen besucht war, werden die Kollegen gebeten, die Beiträge umgehend einzusenden. Es gibt immer noch viele Kollegen, die statt 2,65 Mk. nur 2,50 Mk. einsenden. Dazu fehlt noch meistens das Porto. Liebe Kollegen, es muß doch jedem bekannt sein, daß wir nicht 2,50 Mark, sondern 2,65 Mark und dann noch das Porto zu bezahlen haben. Es sind noch viele Kollegen damit im Rückstande. Unser Kassierer kann den Beitrag nicht pünktlich an den Verband abschicken. Die Beiträge müssen spätestens bis zum 10. jeden zweiten Monats im Quartal in den Händen unseres Kassierers, Rottenführers Kieckbusch, Sternbergstr. Nr. 17, sein. Den säumigen Kollegen möchte ich sagen: „Wenn ihr eifrige und tüchtige Mitglieder im Verein sein wollt, dann bedenkt, daß ihr auch Pflichten dem Verein gegenüber zu erfüllen habt. Es wird euch allen bekannt sein, daß, wer seine Beiträge nicht ordnungsgemäß entrichtet, ohne jegliche vorherige Ankündigung zu streichen ist, und somit ausscheidet. Wir sind alle Tage der Gefahr ausgesetzt, daß uns ein Unfall zustößt. Wenn dann unseren Hinterbliebenen die schöne Beihilfe des Verbandes nicht gezahlt wird, so liegt es eben daran, weil die Beiträge in 3 oder 4 Quartalen nicht bezahlt waren. Es ist eben der Nachlässigkeit der Kollegen zuzuschreiben. Auf diese Art können wir uns an unserer Familie schwer versündigen. Möge dies jeder bedenken und gleich bezahlen, wenn das Vierteljahr heranrückt.

J. A.: Müller, 1. Schriftf.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Berlin. 2. 1. 1919, 8 Uhr, Berlin O., Andreasstr. 20.
Dortmund, 5. 1. 1919, 3½ Uhr ? ?
Duisburg, 12. 1. 1919, 4 Uhr, Duisburg, Vereinslokal.
Essen, 12. 1. 1919, 3 Uhr, Essen, Vereinslokal.
Frankfurt a. M., 5. 1. 1919, 1 Uhr, Frankfurt a. M. Vereinsl.
Paderborn, 1. 1. 1919, mittags 12 Uhr, Paderborn, Altd. Bierst.

Glückwünsche.

Unserm werten Kollegen, dem Königl. Rottenführer

Heinrich Engels

in Eil bei Wahn wurde das **Allgemeine Ehrenzeichen** Allerhöchst verliehen. Wir gratulieren ihm zu dieser hohen Auszeichnung.

Bez.-Verein Cöln.
J. A.: Kastenholz, Vorsitzender.

Unserm lieben Vorsitzenden

Hermann Groht

in Stettin zu seiner **Silberhochzeit** die **herzlichsten Glückwünsche.** Möge dem Kollegen und seiner lieben Gattin vergönnt sein, noch recht viele und frohe Jahre zu verleben.

Die Kollegen des Bez.-V. Stettin.
J. A.: Müller, 1. Schriftf.

Unserm allverehrten Mitglied und Kassierer

Heinrich Pröpper

die **besten Glückwünsche** zu seiner Ernennung zum **Königl. Rottenführer.**

Bez.-Verein Neuß.
J. A.: Phil. Dahmen, 1. Schriftf.

Fritz Petri Nachf.
Inh. A. Link,
Fernruf 413 **Lippstadt,** Cappelstr. 21
empfiehlt:
Haus- u. Küchengeräte aller Art, bes. Einkochgläser und -geräte, Taschenlampen, Feuerzeuge, Beleuchtungsgegenstände f. alle Beleuchtungsarten. Oefen, Nähmaschinen, Fahrräder.

Nachruf.

Am 30. Juli 1918 verstarb unser lieber Kollege, der Rottenführer

Johann Schmidt

aus Karthaus bei Trier. Er war Mitbegründer unseres Vereins und ein pflichteifriges Mitglied desselben. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Der Vorstand des Bez.-V. Saarbrücken und Umgegend.
J. A.: Schneider, Schriftführer.

Nachruf.

Am 28. Oktober 1918 starb unser allverehrtes Mitglied

Franz Süpschen

aus Holzheim bei Neuß. Wir verlieren in ihm ein eifriges und pflichttreues Mitglied. Ein dauerndes Andenken werden wir ihm bewahren.

Bez.-Verein Neuß.
J. A.: Phil. Dahmen, 1. Schriftf.

Nachruf.

Am Donnerstag, den 30. Okt. 1918, starb nach kurzem schweren Leiden unser lieber Kollege, der Rottenführer

Karl Ernst

aus Magdeburg. Der Verstorbene war ein pflichttreuer Kollege. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand des Bez.-V. Magdeburg.
J. A.: H. Schulz, 1. Vors.

Nachruf.

Am 15. Oktbr. verschied die treusorgende **Gattin** unseres Vereinsmitglieds, des Rottenführers

Heinrich Schulz

in Blankenese. Wir alle nehmen Anteil an seinem Schmerz und betrauern mit ihm den Verlust der Verstorbenen aufs herzlichste.

Der Vorstand des Bez.-V. Altona.
A. Beckendorf, Schriftführer.

Stempel liefert billigst C. Hundt sel. Wwe.

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** für die **4½% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe** und für die **4½% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** können vom

4. November d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstr. 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine **nur noch unmittelbar** bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine **rechts oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Mit dem Umtausch der **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen** der **VIII. Kriegsanleihe** in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen kann erst später begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt alsdann.

Von den Zwischenscheinen der **früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Oktober 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvors. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr. — Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.